

Das volle Postfach des Ministers

Boris Pistorius erhielt früh Informationen über Vorgänge in der Bremer Asylbehörde – und muss jetzt erklären, wie die entscheidende E-Mail im Ministerium versendet sein soll.

Von Reinhard Bingener

HANNOVER, 11. Juli

Zu den Flüchen der digitalen Moderne zählt sicherlich der stete Strom an E-Mails, der sich tagtäglich über alle möglichen Postfächer ergießt und auch während der Urlaubszeit niemals versiegt. Im konkreten Fall geht es um eine Mail der damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Michaela Engelmeier, die am 26. Juni 2017 um 17.45 Uhr auf dem dienstlichen Account des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius eingegangen ist. Engelmeier war am Tag zuvor auf dem Bundesparteitag der SPD in Dortmund auf den Minister zugekommen. Die Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen stand zu diesem Zeitpunkt bereits seit einigen Tagen mit einem ranghohen Mitarbeiter der Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in Mailkontakt, der sie auf Manipulationen bei Asylverfahren hinwies. Engelmeier vereinbarte mit Pistorius in Dortmund, dass sie ihm die Hinweise des Bamf-Mitarbeiters auf den möglichen Skandal in Bremen zuleitet. Im Anhang der besagten Mail listet der Bamf-Mitarbeiter zahlreiche Vorgänge auf, die inzwischen als wesentliche Bestandteile der Bremer Bamf-Affäre gelten.

Nachgegangen ist diesen Hinweisen im niedersächsischen Innenministerium dann allerdings niemand. Wie es dazu kommen konnte, musste Pistorius am Mittwoch im Landtags-Innenausschuss darlegen. Pistorius erklärte, er habe die Mail auf dem Weg in seinen Urlaub erhalten und sie – ohne sich den brisanten Anhang anzusehen – keine drei Stunden später wie üblich zur genaueren Prüfung in sein Ministerium weitergeleitet. Dies sei um 20.39 Uhr passiert, wie er anhand seines Posteingangs noch feststellen könne. An wen im Ministerium die Mail geschickt wurde, hat sich laut Aussage von Pistorius bislang trotz intensiver Recherchen nicht feststellen lassen. Erinnern an den Empfänger könne er sich auch nicht mehr. Sicher sei nur, dass die Mail in Han-

nover nicht wie üblich ausgedruckt und kein Aktenzeichen angelegt wurde. Pistorius nennt dies einen „besonders ärgerlichen“ Vorgang. In den bisher fünfeinhalb Jahren seiner Amtszeit habe es bislang „keine derartige Panne“ gegeben. „Es hat keinen Rücklauf gegeben. Wenn ich es auf den Tisch bekommen hätte, hätte ich mich damit beschäftigt.“ Einigen Raum nahm in der Ausschusssitzung die Frage ein, warum bisher nicht rekonstruiert werden konnte, an wen Pistorius die Mail weitergeleitet hat. Der Minister umreißt dabei eine Problemlage, vor der er von Zeit zu Zeit immer wieder stehe und die vermutlich nicht nur er kennt: „Ich versuche eine Mail zu senden, aber das Postfach ist zu voll.“ Also lösche er alte Mails oder den Postausgang, um wieder Platz zu bekommen. Nach weiteren dreißig Tagen seien diese Mails aber auch für die Experten der IT-Abteilung unwiderruflich verloren. „Ich verstehe auch nicht, warum das Postfach nicht größer ist“, klagt Pistorius.

Trotz angeblich intensiver Nachforschungen hat man im Innenministerium aber auch in keinem Posteingang eines Mitarbeiters die Mail gefunden. Dabei ist

der Kreis der potentiellen Empfänger, wie Pistorius selbst sagt, überschaubar. In Frage kämen sein Staatssekretär, sein persönlicher Referent, sein Büroleiter und der zuständige Abteilungsleiter – wahrscheinlich sei die Mail an sein Büro gegangen, sagt Pistorius. Dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Stefan Birkner ist das ein wenig zu viel der Zufälle. Birkner nannte die Annahme „etwas lebensfremd“, dass Pistorius die Mail, die ihm als Enthüllung eines potentiellen Skandals angekündigt worden war, erst nicht gelesen haben will, diese Mail dann verschluckert worden sein soll und sich nun niemand mehr an den genauen Hergang erinnern könne. Eine solche „kollektive Amnesie im Ministerbüro“ hält Birkner für „nicht plausibel“.

Die dabei mitschwingende Unterstellung, die brisanten Informationen über das Bamf könnten aus politischen Motiven unterdrückt worden sein, weist Pistorius im Ausschuss abermals als „absurd“ von sich. Seine internen Hinweise aus dem Jahr 2016 hätten die Untersuchung der Bamf-Affäre „überhaupt erst in Gang gebracht“, hebt der SPD-Politiker hervor. Und kurz vor der Bundestagswahl 2017

hätte er doch jedes Interesse daran gehabt, die Hinweise auf einen Skandal im Bamf „politisch zu verwerten“. Damals habe er nämlich gerade die Koordination der sozialdemokratischen Innenminister der Länder übernommen und sei von Kanzlerkandidat Martin Schulz als „innenpolitischer Berater“ benannt worden. Auch der Bamf-Mitarbeiter selbst hat seine Hinweise klar als Wahlkampfhilfe für die SPD verstanden. Wenn die Zustände im Bamf bekannt würden, „muss der Innenminister gehen und Merkel hat auch ein dickes Problem“, heißt es in seiner Mail an die Abgeordnete Engelmeier.

Man könnte die damalige politische Ausgangslage aber auch ganz anders bewerten und aber auch annehmen, dass nicht die SPD von einer Bamf-Affäre mit dem Bundestagswahlkampf profitiert hätte, sondern eher andere Parteien, insbesondere die AfD. Bislang gibt es keinerlei Indizien, welche die Unterstellung, Pistorius und seine Entourage hätten die Hinweise gezielt versenden lassen, stützen. Pistorius erklärte nach der Sitzung am Mittwoch, für ihn sei das Thema „durch“.



Keine Abwesenheitsnotiz: Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius am Mittwoch im Innenausschuss des Landtags

Foto dpa